

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 103 (2023)
Heft: [2]: Politisierte Medizin

Artikel: Die instrumentalisierte Weltgesundheitsorganisation
Autor: Rietiker, Stephan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1050599>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die instrumentalisierte Weltgesundheitsorganisation

Nicht die Mitgliedstaaten haben bei der WHO das Sagen, sondern NGO, Grosskonzerne und private Investoren über intransparente Firmengeflechte. Ihr hochprofitables Geschäft mit der Gesundheit soll über ein weltweites Kontrollorgan langfristig abgesichert werden.

von Stephan Rietiker

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde am 22. Juli 1946 von 61 Staaten (darunter die Schweiz) in New York gegründet. Knapp zwei Jahre später, am 7. April 1948, trat ihre Verfassung in Kraft. Ziel der WHO ist das Erreichen des höchstmöglichen Gesundheitsniveaus für alle Menschen. Dazu sollen Erkrankungen, insbesondere Infektionskrankheiten, mittels verbesserter Hygiene sowie medikamentös bekämpft werden, womit die allgemeine Gesundheit gefördert werden soll. Die WHO ist eine Sonderorganisation der UNO, hat ihren Sitz in Genf und zählt inzwischen 194 Mitgliedstaaten.

Die WHO hat nach eigener Wahrnehmung – und in früheren Jahren auch objektiv betrachtet – eine Vielzahl von Erfolgen zu verzeichnen: So konnte in enger Zusammenarbeit mit den US Centers for Disease Control (CDC) die Kindersterblichkeit massiv gesenkt werden; Krankheiten wie Diphtherie, Keuchhusten, Kinderlähmung und Starrkrampf gehören der Vergangenheit an. Die Pocken konnten 1980 für ausgerottet erklärt werden, wobei hier bemerkenswert ist, dass dies mangels ausreichenden Impfstoffs nicht etwa durch eine Massenimpfung, sondern durch eine selektive Impfung über sogenannte Cluster erreicht wurde. Ähnliches gilt auch für die Kinderlähmung. Das sind alles Tatsachen, die eigentlich zum Nachdenken anregen müssten und die das in der Gesellschaft vorhandene Spannungsfeld zwischen Massenimpfung, Dämonisierung jeglicher Impfung und einem um sich greifenden Hygienewahn etwas entkräften könnten.

Besonnene Geister und Wissenschaftler vertreten heute den Standpunkt, dass zielgerichtet («Targeted Vaccinations») vorgegangen werden sollte. Dabei könnte künstliche Intelligenz helfen, den genetischen Fingerabdruck zu analysieren und so immer mehr individuelle Impfscheide herbeizuführen («Vaccinomics»). Damit können Personen mit erhöhtem Risiko herausgefiltert und gegebenenfalls geimpft werden.

Zudem verdient das Wirkungsprofil der Dosis mehr Beachtung: Es ist bekannt, dass die Standarddosis für

Frauen oft zu hoch ist, was ungewöhnlich hohe Antikörper-Titer und das erhöhte Auftreten von Autoimmunreaktionen bei Frauen erklären könnte. Das «One Size Fits All»-Prinzip ist zu vereinfachend und funktioniert nicht.

Veränderter Fokus mit neuer Finanzstruktur

Leider hat sich die WHO unter ihrem heutigen Generaldirektor Tedros Ghebreyesus – auf dessen kontroverse beurteilte Vergangenheit hier nicht eingegangen werden soll – von den ursprünglichen Zielen weit entfernt. Er und seine Gefolgsleute blendeten diese neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse bei Covid-19 aus und setzten stattdessen auf eine Massenimpfung, deren Wirksamkeit sich als sehr bescheiden herausgestellt hat. Medizinische Argumente wurden einer politisch-ökonomischen Sichtweise geopfert: Anstatt verschiedene andere und gleichermassen wirksame therapeutische Möglichkeiten einzusetzen, wurden diese systematisch verunglimpft und einseitig eine «Impfung» propagiert, die ungenügend geprüft war und, wie sich herausstellte, sowohl eine Übertragung als auch den Ausbruch einer Erkrankung kaum verhindern konnte. Zudem wurden von Anfang an wohl aus ökonomischen Überlegungen Massenimpfungen propagiert und das erwähnte Prinzip zielgerichteter Impfungen völlig zur Seite geschoben. Die anfängliche Empfehlung, Risikogruppen zu impfen, wich immer mehr einer allgemeinen Empfehlung, sämtliche Altersgruppen und auch Immunsupprimierte zu impfen, obschon noch heute für letztere keine soliden Studiendaten existieren (wie man etwa dem Beipackzettel von Biontech entnehmen kann). Angesichts einer Mortalität von Ungeimpften nach durchgemachter Covid-Infektion von 0,095 Prozent (Altersgruppe von 0 bis 70 Jahren) und 0,00035 Prozent (0 bis 16 Jahren) müsste die Sinnhaftigkeit einer Massenimpfung generell hinterfragt werden, was die WHO bekanntlich nicht tut.

Die Gründe für die veränderte Ausrichtung der WHO dürften mit ihrer Finanzstruktur zu tun haben: Flossen

früher hauptsächlich staatliche Gelder in die WHO, sind es heute zu rund 80 Prozent Mittel von privaten Institutionen, die über Stiftungen und komplex vernetzte nicht-staatliche Organisationen (NGO) Kontrolle ausüben. Da viele dieser NGO gerade auch in der Schweiz über Immunität verfügen, können sie sich der staatlichen Kontrolle und Gerichtsbarkeit entziehen und im Hintergrund intransparent agieren. Dabei wird der Fokus auf das bereits jetzt hochprofitable Gesundheitsgeschäft gelegt – mit dem Ziel, den Markt auf eine kleine Anzahl von Akteuren zu reduzieren, um so das Geschehen weltweit kontrollieren und die Profite steigern zu können.

Das Sagen in der WHO haben nicht etwa die Mitgliedstaaten, sondern klingende Namen wie die Bill & Melinda Gates Foundation, die Rockefeller-Familie sowie die beiden riesigen weltweit tätigen Vermögensverwalter Blackrock und Vanguard. Über undurchsichtige und verschlungene Netzwerke werden alle Stufen des Gesundheitssystems systematisch infiltriert und umorganisiert.¹ Ausgeübt wird die Macht über undurchsichtige Vehikel und Firmenkonstrukte: Die hohe Dichte solcher Firmen und NGO in der Schweiz birgt für den Steuerzahler gerade dann ein hohes, unüberschaubares Risiko, wenn das System dereinst zusammenbrechen sollte und ausländische Geschädigte gegen unser Land klagen würden.

Da die Finanzen dieser Gesellschaften nicht transparent sind, ist es schwierig, den Geldfluss genau zu eruieren. Trotzdem fällt auf, dass Leute wie Bill Gates, aber auch andere beispielsweise in Firmen wie Moderna und Biontech investierten und dabei Milliarden Gewinne abschöpften. Ob diese Geschäfte unter den Straftatbestand von illegalem Insiderhandel fallen, müsste geklärt werden. Auch die Impfallianz Gavi in Genf müsste unter die Lupe genommen werden.

Es tauchen immer wieder Berichte auf, die dieses intransparente, auf wenige Marktteilnehmer ausgerichtete System beschreiben. Aufgrund der Immunität konnten diese Vermutungen jedoch nie untersucht werden. Dass die Mitgliedstaaten es zulassen, dass private Investoren derart dreist vorgehen und sich nach Belieben bedienen können, ist stossend. Die Schweiz sollte auf diese möglichen finanziellen Risiken reagieren, diesen NGO die Immunität entziehen und gegebenenfalls gerichtliche Untersuchungen einleiten.

Befugnisse auf Kosten souveräner Staaten

Die Folgen dieser Entwicklungen werden immer klarer: Über einen im Jahr 2024 zu ratifizierenden Pandemiepakt und neue Internationale Gesundheitsvorschriften sollen dem WHO-Generaldirektor auf Kosten der Souveränität der Mitgliedstaaten weitreichende Befugnisse zugesprochen werden. So könnte der Generaldirektor ohne

«Checks and Balances» «Public Health Emergencies of International Concerns» ausrufen und Massnahmen anordnen, die weltweit zu befolgen wären, zum Beispiel einen Impfzwang oder ein Obligatorium von Gesundheitspässen. Künftig soll er in Langzeitverträgen mit der Pharmaindustrie festlegen, welche Medikamente wo entwickelt werden, aber auch wann und zu welchem Preis sie vertrieben werden.

Für die Schweiz verhandeln ausgerechnet die Zauberlehrlinge des Bundesamts für Gesundheit (BAG), die sich in der Covid-Pandemie so dilettantisch verhalten haben. Das Parlament dagegen wurde bisher kaum informiert oder bestenfalls mit einigen Allgemeinplätzen abgespeist. Verschiedene Motionen und Interpellationen wurden von Gesundheitsminister Alain Berset mit der Aussage abgetan, dass man noch in der Anfangsphase der Verhandlungen stecke und es sich ohnehin um «Soft Law» handle. Beides ist unzutreffend, schliesslich liegen bereits im Detail ausgearbeitete Vertragsentwürfe vor, die laut Juristen wie zum Beispiel Philipp Kruse unsere Bundesverfassung verletzen. Daher muss sichergestellt werden, dass das Parlament und letztlich der Souverän entscheiden können.

Die WHO kann ihr ursprünglich gesetztes Ziel nur dann erreichen, wenn sie frei von finanziellen Verpflichtungen koordinative Aufgaben übernimmt und Empfehlungen strikt nach wissenschaftlichen Kriterien ausspricht. Jeglicher Form von Zwangsmassnahmen oder einer Dominanz finanzieller Interessen ist eine klare und unmissverständliche Absage zu erteilen. Dem «Corporate Capture of Public Health» muss ein Ende gesetzt werden. Die WHO muss im Verbund mit anderen Staaten auf den richtigen Weg zurückgeführt werden. Gelingt das nicht, muss die Schweiz einen (zumindest vorübergehenden) Austritt in Erwägung ziehen. Auch die Schweizer Bürger müssen erwachen, ihre demokratischen Rechte nutzen und sich den Staat zurückholen. Das kann an der Urne im Rahmen eines Referendums oder einer Initiative geschehen, aber auch über die Wahl geeigneter bzw. die Abwahl ungeeigneter Politiker. ◀

¹ Siehe «The Corporate Capture of Public Health»; TheBigLogic.com/capture.



Stephan Rietiker

ist Arzt, CEO der Zuger Digital-Health-Investment-Gesellschaft EpiLunar Partners AG und Präsident von Pro Schweiz.